

Spitalgesetz (SpiG)

Vom 12. Mai 2004 (Stand 1. Januar 2017)

Der Kantonsrat von Solothurn

gestützt auf Artikel 40 Absatz 2, 76 Absatz 2, 100 und 101 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹⁾

nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 1. Juli 2003 (RRB Nr. 2003/1275)

beschliesst:

1. Allgemeines

§ 1 Zweck

¹ Dieses Gesetz regelt die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare medizinische Versorgung der Kantonseinwohner und -einswohnerinnen in den Spitälern innerhalb und ausserhalb des Kantons.

² Der Kanton verfolgt diesen Zweck, indem er*

- a)* gestützt auf die Spitalplanung Spitälern innerhalb und ausserhalb des Kantons Leistungsaufträge erteilt;
- b)* allein oder mit anderen Trägern ein kantonales Spital mit mehreren Standorten führt.

§ 2 Geltungsbereich und Begriffe

¹ Dieses Gesetz bezieht sich auf alle Spitäler, die auf der Spitalliste des Kantons Solothurn (Spitalliste) aufgeführt sind.*

2. Grundsätze der Spitalversorgung

2.1. Sicherstellung der Spitalversorgung

§ 3 Spitalplanung

¹ Der Regierungsrat erstellt als Grundlage für die Spitalversorgung nach den Grundsätzen von § 1 eine Spitalplanung. Er berücksichtigt dabei auch die Leistungsangebote in anderen Kantonen.

² Der Regierungsrat erlässt gestützt auf die Spitalplanung die Spitalliste der im Sinne des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung zugelassenen inner- und ausserkantonalen Spitäler. Private Trägerschaften sind angemessen in die Planung einzubeziehen.

¹⁾ BGS [111.11](#).

817.11

§ 3^{bis}* *Aufnahme von Spitälern auf die Spitalliste*

¹ Grundlage für die Aufnahme von Spitälern auf die Spitalliste ist der quantitative Bedarf gemäss Versorgungsplanung.

² Der Regierungsrat legt die qualitativen Voraussetzungen für die Aufnahme eines Spitals auf die Spitalliste fest. Dabei berücksichtigt er insbesondere:

- a) die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungserbringung, wobei unter anderem die Effizienz der Leistungserbringung, der Nachweis der notwendigen Qualität, Mindestfallzahlen sowie die Nutzung von Synergien zu beachten sind;
- b) den Zugang der Patienten und Patientinnen zur Behandlung innert nützlicher Frist;
- c) die Bereitschaft und Fähigkeit zur Erfüllung des Leistungsauftrags;
- d) eine angemessene Beteiligung am Notfalldienst;
- e) die Bereitschaft zur Aufnahme von Patienten und Patientinnen gemäss § 5;
- f) eine angemessene Beteiligung an der Aus- und Weiterbildung der Berufe im Gesundheitswesen;
- g) die Einhaltung bestimmter Vorgaben zur Rechnungslegung und Rechnungskontrolle;
- h) die Bereitschaft von Spitälern, in denen keine verbindlichen Gesamtarbeitsverträge bestehen, sich in Bezug auf die Arbeitsbedingungen mindestens nach den Vorgaben des kantonalen Gesamtarbeitsvertrages (GAV) vom 25. Oktober 2004 zu richten.

³ Der Regierungsrat erteilt jeder auf der Spitalliste aufgeführten Einrichtung einen Leistungsauftrag. Der Leistungsauftrag kann befristet und mit Auflagen verbunden werden, insbesondere bezüglich Verwendung des Investitionsanteils.

⁴ Der Leistungsauftrag kann ganz oder teilweise entzogen werden,

- a) wenn die Leistungen nicht gemäss Leistungsauftrag erbracht werden;
- b) wenn die Voraussetzungen für die Aufnahme auf die Spitalliste nicht mehr erfüllt sind;
- c) wenn Auflagen des Leistungsauftrags nicht eingehalten werden.

§ 3^{ter}* *Leistungsvereinbarungen*

¹ Das Departement kann mit den auf der Spitalliste aufgeführten Spitälern Leistungsvereinbarungen abschliessen.

² In den Leistungsvereinbarungen werden die Bedingungen und Auflagen des Leistungsauftrags gemäss § 3^{bis} Absatz 2 und 3 konkretisiert.

³ Die Spitäler sind verpflichtet, dem Departement die für den Abschluss und die Überprüfung der Leistungsvereinbarungen nötigen Daten zu übermitteln und Auskünfte zu erteilen.

§ 3^{quater}* *Rettungsdienste und Alarmzentrale*

¹ Der Kanton stellt die sanitätsdienstliche Rettung sicher.

² Der Regierungsrat oder das von ihm beauftragte kantonale Spital können mit Rettungsorganisationen Leistungsvereinbarungen abschliessen. § 3^{ter} ist sinngemäss anwendbar.

³ Der Kanton führt eine Alarmzentrale. Der Regierungsrat kann einen Dritten mit der Führung der Alarmzentrale beauftragen.

⁴ Die Koordination des Rettungsdienstes erfolgt über die Einsatzleitstelle der Alarmzentrale.

§ 4* ...

§ 5 *Aufnahmepflicht*

¹ Im Rahmen ihrer Leistungsaufträge und ihrer Kapazitäten sind die Spitäler verpflichtet, für alle versicherten Personen mit Wohnsitz im Kanton Solothurn eine Aufnahmebereitschaft zu gewährleisten (Aufnahmepflicht). *

² ... *

³ Als Notfall muss jede Person aufgenommen werden.

§ 5^{bis}* *Beiträge an Hospitalisationen in einem nicht auf der Spitalliste aufgeführten Spital**

¹ Das Departement entscheidet über Gutsprache- und Beitragsgesuche gemäss Artikel 41 Absatz 3 KVG¹⁾ zugunsten versicherter Personen, die aus medizinischen Gründen in einem nicht auf der Spitalliste aufgeführten Spital hospitalisiert werden müssen.*

² ... *

§ 5^{ter}* *Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln*

¹ Der Kanton beschafft die zur Finanzierung seiner Beiträge an die Spitäler notwendigen Mittel aus allgemeinen Steuermitteln, insbesondere aus den Erträgen der Staatssteuer.

§ 5^{quater}* *Kantonsanteil und Referenztarife*

¹ Der Regierungsrat setzt den für alle Kantonseinwohner und Kantonseinswohnerinnen geltenden Kantonsanteil gemäss Artikel 49a KVG²⁾ fest.

² Der Regierungsrat bestimmt die Listenspitäler, deren Tarife für die anteilmässige Abgeltung durch den Kanton massgebend sind, wenn versicherte Personen nicht aus medizinischen Gründen in einem auf der Spitalliste des Standortkantons aufgeführten Spital hospitalisiert werden (Referenztarife).

2.2. Besondere Bestimmungen für das kantonale Spital*

§ 6 *Selbständigkeit des kantonalen Spitals*

¹ Das kantonale Spital erfüllt die ihm übertragenen Aufgaben selbständig.*

² Der Kanton überträgt dem Spital die dazu nötigen Kompetenzen und Ressourcen. Er finanziert das Spital leistungsorientiert.

1) [SR 832.10.](#)

2) [SR 832.10.](#)

817.11

³ Das kantonale Spital übernimmt die Ergebnisverantwortung für die ihm übertragenen Aufgaben. Es führt seinen Betrieb unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, der Koordination der Leistungsangebote, der Transparenz und der Vergleichbarkeit mit anderen Leistungsbringern und der Qualitätssicherung.*

§ 7 *Rechtsform*

¹ Der Kanton betreibt das kantonale Spital in der Form einer Aktiengesellschaft nach Artikel 620 Absatz 3 des Obligationenrechts mit einem gemeinnützigen Zweck im Sinne der Steuergesetzgebung des Bundes (gemeinnützige Aktiengesellschaft).

² Der Regierungsrat regelt die Entschädigung der Mitglieder des Verwaltungsrates.*

§ 7^{bis}* ...

§ 7^{ter}* ...

3. ...*

3.1. ...*

§ 8* ...

3.2. ...*

§ 9* ...

§ 10* ...

§ 11* ...

§ 12* ...

§ 13* ...

3.3. ...*

§ 14* ...

3.3^{bis}. ...*§ 14^{bis}* ...**3.4. ...***

§ 15* ...

4. Organisation des kantonalen Spitals**§ 16 Gründung des kantonalen Spitals**

¹ Das Kantonsspital Olten, das Bürgerspital Solothurn, das Spital Grenchen, das Spital Dornach, die solothurnische Höhenklinik Allerheiligenberg sowie die psychiatrischen Dienste des Kantons Solothurn werden unter der Firma «Solothurner Spitäler» in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft eingebracht.

² ...*

^{2bis} Der Kantonsrat entscheidet abschliessend über die Übertragung des Eigentums an den Immobilien an die Aktiengesellschaft.*

^{2ter} ...*

³ Der Kanton ist bei der Gründung der Aktiengesellschaft alleiniger Aktionär.

⁴ Die Durchführung der Umwandlung obliegt dem Regierungsrat. Er beschliesst die Gründungsstatuten der Aktiengesellschaft. Diese müssen vor Errichtung der Gesellschaft vom Kantonsrat genehmigt werden.

⁵ Der Regierungsrat wählt die Mitglieder und den Präsidenten oder die Präsidentin des ersten Verwaltungsrates sowie die erste aktienrechtliche Revisionsstelle nach der Gründung.

§ 17 Aktien des Kantons

¹ Der Kanton muss mindestens 67 Prozent des Aktienkapitals und der Aktienstimmen der Aktiengesellschaft halten.

² Der Regierungsrat übt alle dem Kanton zustehenden Aktionärsrechte aus. Er gibt dem Kantonsrat Kenntnis über die aktienrechtliche Jahresrechnung und den Jahresbericht. Er informiert den Kantonsrat über die Veräusserung von Aktien.

§ 18* ...

§ 19* Rechtsbeziehungen zu Dritten

¹ Die Leistungsvereinbarung zwischen der Aktiengesellschaft und dem Kanton ist ein Vertrag nach öffentlichem Recht.*

² Für die Vergütung von Leistungen, die durch die Sozialversicherung nicht gedeckt sind, gilt öffentliches Recht. Auf diese Leistungen finden die Tarifbestimmungen der Solothurner Spitäler AG Anwendung.

³ Die Rechtsbeziehungen zum Personal richten sich nach dem Gesetz über das Staatspersonal. Die Verbände des im Spital tätigen Personals können mit der Aktiengesellschaft einen Gesamtarbeitsvertrag auf der Grundlage des Gesetzes über das Staatspersonal oder des Obligationenrechts abschliessen.

§ 19^{bis}* Haftung; Grundsatz

¹ Die Haftung der Aktiengesellschaft und ihres Personals richtet sich nach dem Gesetz über die Haftung des Staates, der Gemeinden, der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und die Verantwortlichkeit der Behörden, Beamten und öffentlichen Angestellten und Arbeiter (Verantwortlichkeitsgesetz) vom 26. Juni 1966¹⁾.

§ 19^{ter}* Einreichung und Behandlung des Schadenersatzbegehrens

¹ Das Schadenersatzbegehren aus medizinischer Staatshaftung ist bei der Aktiengesellschaft schriftlich und begründet einzureichen. Diese kann Vergleichsverhandlungen führen. Kommt innert 3 Monaten seit Einreichung des Schadenersatzbegehrens keine Einigung zustande, so kann das Schadenersatzbegehren schriftlich und begründet bei der Staatskanzlei eingereicht werden.

² Die Staatskanzlei erlässt über das Schadenersatzbegehren eine Verfügung. Gegen diese Verfügung kann innert 10 Tagen Beschwerde beim Verwaltungsgericht geführt werden.

³ Bei der Behandlung des Schadenersatzbegehrens ist die Staatskanzlei unabhängig und allein dem Recht verpflichtet.

§ 19^{quater}* Weitere Verfahrensbestimmungen

¹ Im Verfahren vor der Staatskanzlei und dem Verwaltungsgericht können Verfahrens- und Gerichtskosten auferlegt und Parteientschädigungen zugesprochen werden, wofür § 76^{bis} und § 77 Satz 1 des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) vom 15. November 1970²⁾ sinngemäss anwendbar sind und der Gebührentarif (GT) vom 24. Oktober 1979³⁾ massgebend ist. Der Aktiengesellschaft wird in der Regel keine Parteientschädigung zugesprochen.

² Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 15. November 1970⁴⁾.

5. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 20 Personalrecht

¹ Die Aktiengesellschaft übernimmt die Anstellungsverhältnisse, die im Zeitpunkt ihrer Errichtung bei den in § 16 Absatz 1 erwähnten Spitälern bestehen.

¹⁾ BGS [124.21.](#)

²⁾ BGS [124.11.](#)

³⁾ BGS [615.11.](#)

⁴⁾ BGS [124.11.](#)

² Bis spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes regelt der Regierungsrat auf Antrag der Aktiengesellschaft die berufliche Vorsorge des gesamten Personals. Er hört vorher die Vertreter der Personalverbände und die bisherigen Versicherungsträger an.

§ 21 *Verzögerung bei der Umwandlung der Rechtsform*

¹ Können bestehende öffentliche Spitäler bei Inkrafttreten des Gesetzes vorläufig nicht in die Aktiengesellschaft nach § 16 überführt werden, weil die zuständigen Organe die entsprechenden Beschlüsse noch nicht gefasst haben oder diese Beschlüsse noch nicht rechtskräftig sind, beschliesst der Kantonsrat, in welcher Höhe diese Spitäler bis zu einer Überführung in die Aktiengesellschaft Beiträge des Kantons erhalten. Der Beschluss des Kantonsrates unterliegt nicht dem Referendum.

§ 22 *Unmöglichkeit einer Umwandlung der Rechtsform*

¹ Können bestehende öffentliche Spitäler definitiv nicht in die Aktiengesellschaft überführt werden, weil die zuständigen Organe die Überführung abgelehnt haben oder weil ein Beschluss zur Überführung von den zuständigen Behörden oder Gerichten aufgehoben worden ist, entfällt mit dem Eintritt der Rechtskraft eines entsprechenden Entscheides der Anspruch auf die Beiträge nach § 21.

² Fallen die Immobilien öffentlicher Spitäler, welche nicht in die Aktiengesellschaft überführt werden können, nicht in das Eigentum des Kantons, schulden die Eigentümer dem Kanton den Restwert der vom Kanton finanzierten Investitionen im Zeitpunkt des Wegfalles des Anspruchs auf Beiträge nach diesem Gesetz. In der Höhe dieser Schuld besteht ein gesetzliches Grundpfandrecht nach Artikel 836 des Zivilgesetzbuches. Der Regierungsrat legt die Einzelheiten der Bewertung fest.

§ 22^{bis}* *Übergangsbestimmung zur Gesetzesänderung vom 29. August 2012*

¹ Auf alle zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von §§ 19^{bis}–19^{quater} bei der Staatskanzlei hängigen Verfahren medizinischer Staatshaftung ist das neue Recht anwendbar, mit Ausnahme des Vorverfahrens gemäss § 19^{ter} Absatz 1. Ist die Verwirkung nach dem bisherigen Recht bereits eingetreten, so ist sie weiterhin beachtlich.

§ 23 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Die Spitalvorlage IV vom 26. Mai 1963¹⁾ und die Spitalvorlage VI vom 23. Juni 1974²⁾ sind aufgehoben.

² Die unter dem bisherigen Recht zulasten des Fonds der Spezialfinanzierung Spitalbauten bewilligten Verpflichtungskredite und die entsprechenden Beschlüsse behalten ihre Gültigkeit. Der Aufwand wird ab Inkrafttreten des Gesetzes der allgemeinen Staatsrechnung belastet.

³ Der bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandene Fondsbestand der Spezialfinanzierung Spitalbauten wird ergebniswirksam der allgemeinen Staatsrechnung gutgeschrieben, ein negativer Fondsbestand wird der Staatsrechnung belastet.

¹⁾ GS 82, 406 (BGS 817.12).

²⁾ GS 86, 398 (BGS 817.11).

817.11

§ 24 *Änderungen bisherigen Rechts*

¹ Die Änderungen wurden in den entsprechenden Erlassen nachgeführt.

§ 25 *Inkrafttreten*

¹ Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

² Der Regierungsrat wählt die Organe der Aktiengesellschaft bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes und er hört diese bei seinen Entscheiden über die Errichtung der Aktiengesellschaft an.

³ Die benötigten Mittel sind zulasten des Spitalaufonds ins Budget 2005 aufzunehmen.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Die Referendumsfrist ist am 27. August 2004 unbenutzt abgelaufen.

Publiziert im Amtsblatt vom 3. September 2004.

* Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
31.01.2007	01.01.2008	§ 5 ^{bis}	eingefügt	-
28.10.2008	01.03.2009	Titel 3.3 ^{bis}	eingefügt	-
28.10.2008	01.03.2009	§ 14 ^{bis}	eingefügt	-
28.10.2008	01.03.2009	§ 19	totalrevidiert	-
24.08.2011	01.01.2012	§ 1 Abs. 2	geändert	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 1 Abs. 2, a)	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 1 Abs. 2, b)	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 2 Abs. 1	geändert	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 3 ^{bis}	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 3 ^{ter}	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 3 ^{quater}	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 4	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 5 Abs. 1	geändert	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 5 Abs. 2	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 5 ^{bis}	Sachüberschrift geändert	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 5 ^{bis} Abs. 1	geändert	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 5 ^{bis} Abs. 2	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 5 ^{ter}	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 5 ^{quater}	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	Titel 2.2.	geändert	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 7 Abs. 2	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 7 ^{bis}	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 7 ^{ter}	eingefügt	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	Titel 3.	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	Titel 3.1.	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 8	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	Titel 3.2.	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 9	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 10	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 11	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 12	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 13	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	Titel 3.3.	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 14	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	Titel 3.3 ^{bis}	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 14 ^{bis}	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	Titel 3.4.	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 15	aufgehoben	GS 2011, 21
24.08.2011	01.01.2012	§ 16 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	GS 2011, 43
24.08.2011	01.01.2012	§ 16 Abs. 2 ^{ter}	eingefügt	GS 2011, 43
29.08.2012	01.01.2013	§ 19 Abs. 1	geändert	GS 2012, 52
29.08.2012	01.01.2013	§ 19 ^{bis}	eingefügt	GS 2012, 52
29.08.2012	01.01.2013	§ 19 ^{ter}	eingefügt	GS 2012, 52
29.08.2012	01.01.2013	§ 19 ^{quater}	eingefügt	GS 2012, 52
29.08.2012	01.01.2013	§ 22 ^{bis}	eingefügt	GS 2012, 52
16.11.2016	01.01.2017	§ 7 ^{bis}	aufgehoben	GS 2016, 41

817.11

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	GS Fundstelle
16.11.2016	01.01.2017	§ 7 ^{ter}	aufgehoben	GS 2016, 41
16.11.2016	01.01.2017	§ 16 Abs. 2	aufgehoben	GS 2016, 41
16.11.2016	01.01.2017	§ 16 Abs. 2 ^{bis}	geändert	GS 2016, 41
16.11.2016	01.01.2017	§ 16 Abs. 2 ^{ter}	aufgehoben	GS 2016, 41
16.11.2016	01.01.2017	§ 18	aufgehoben	GS 2016, 41

* Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 1 Abs. 2	24.08.2011	01.01.2012	geändert	GS 2011, 21
§ 1 Abs. 2, a)	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
§ 1 Abs. 2, b)	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
§ 2 Abs. 1	24.08.2011	01.01.2012	geändert	GS 2011, 21
§ 3 ^{bis}	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
§ 3 ^{ter}	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
§ 3 ^{quater}	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
§ 4	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 5 Abs. 1	24.08.2011	01.01.2012	geändert	GS 2011, 21
§ 5 Abs. 2	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 5 ^{bis}	31.01.2007	01.01.2008	eingefügt	-
§ 5 ^{bis}	24.08.2011	01.01.2012	Sachüberschrift geändert	GS 2011, 21
§ 5 ^{bis} Abs. 1	24.08.2011	01.01.2012	geändert	GS 2011, 21
§ 5 ^{bis} Abs. 2	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 5 ^{ter}	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
§ 5 ^{quater}	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
Titel 2.2.	24.08.2011	01.01.2012	geändert	GS 2011, 21
§ 6 Abs. 1	24.08.2011	01.01.2012	geändert	GS 2011, 21
§ 6 Abs. 3	24.08.2011	01.01.2012	geändert	GS 2011, 21
§ 7 Abs. 2	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
§ 7 ^{bis}	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
§ 7 ^{bis}	16.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016, 41
§ 7 ^{ter}	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 21
§ 7 ^{ter}	16.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016, 41
Titel 3.	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
Titel 3.1.	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 8	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
Titel 3.2.	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 9	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 10	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 11	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 12	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 13	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
Titel 3.3.	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 14	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
Titel 3.3 ^{bis} .	28.10.2008	01.03.2009	eingefügt	-
Titel 3.3 ^{bis} .	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 14 ^{bis}	28.10.2008	01.03.2009	eingefügt	-
§ 14 ^{bis}	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
Titel 3.4.	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 15	24.08.2011	01.01.2012	aufgehoben	GS 2011, 21
§ 16 Abs. 2	16.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016, 41
§ 16 Abs. 2 ^{bis}	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 43
§ 16 Abs. 2 ^{bis}	16.11.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016, 41
§ 16 Abs. 2 ^{ter}	24.08.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 2011, 43
§ 16 Abs. 2 ^{ter}	16.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016, 41
§ 18	16.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016, 41
§ 19	28.10.2008	01.03.2009	totalrevidiert	-

817.11

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
§ 19 Abs. 1	29.08.2012	01.01.2013	geändert	GS 2012, 52
§ 19 ^{bis}	29.08.2012	01.01.2013	eingefügt	GS 2012, 52
§ 19 ^{ter}	29.08.2012	01.01.2013	eingefügt	GS 2012, 52
§ 19 ^{quater}	29.08.2012	01.01.2013	eingefügt	GS 2012, 52
§ 22 ^{bis}	29.08.2012	01.01.2013	eingefügt	GS 2012, 52